

**Windkraft Zwei Leser kritisieren das Vorgehen der Bürgerinitiative gegen Windkraft.**

## „Fair miteinander umgehen“

Die Berichte und Kommentare zur Bürgerversammlung in Oberkirch empfinde ich als einseitig und teilweise falsch. In Oberkirch wurde ruhig und friedlich ohne Streit diskutiert. Jeder konnte seine Ängste und Bedenken äußern. Die Anwesenden hörten vom Bürgermeister, der sich viel Arbeit gemacht hatte, wichtige Informationen über Sachverhalte (gültige Gesetzgebung, Möglichkeiten des Vorgehens und deren Folgen), die zu einer Meinungsbildung notwendig sind. Verheimlicht wurde nichts.

Dass anwesenden Windkraftgegnern wichtige Hintergründe nicht bekannt waren, gibt mir zu denken. Warum wurden sie über diese nicht von der Bürgerinitiative beziehungsweise ihrem Vorsitzenden informiert, der Kreistagsmitglied ist und diese wesentlichen Fakten kennen muss? Es ist toll, wenn Menschen für ihre Überzeugung eintreten. Man sollte aber fair miteinander umgehen. Das bisher Geschriebene lässt dies nicht erkennen. Dass der Vorsitzende der BI, Uwe Anhäuser, hier von „Komunalpolitik auf niedrigstem Niveau“ spricht, empfinde ich persönlich als Unverschämtheit.

Herr Anhäuser hat dem Ortsbürgermeister am Abend der Veranstaltung „schlechten Stil“ unterstellt. Den betreffenden Personen der BI wurde mehrfach mitgeteilt, nachdem diese wie selbstverständlich das Gemeindehaus betreten hatten, dass es sich um eine Bürgerversammlung der Ortsgemeinde Oberkirch handelt. Trotzdem wurde von deren Seite weiterdis-

kutiert und zuletzt noch mit diversen Argumenten (man sei Kreistagsmitglied/Vertreter der Ortsgemeinde Lindenschied) versucht, eine Teilnahme zu erreichen. Eine Vorabanfrage bezüglich der Möglichkeit der Teilnahme, was eigentlich zur normalen Umgangsform gehört, ist nicht erfolgt.

Aufgrund dieses Vorgehens rate ich dringend, den eigenen Stil zu überdenken. Unterschriftenlisten finde ich gut und richtig. Warum wurden aber nicht alle Bürger befragt? Dies wäre fair und demokratisch. Auch mir haben Bürger nach der Veranstaltung erklärt, dass sie die Unterschrift nicht geleistet hätten, wenn die nun geschilderten Sachverhalte bekannt gewesen wären.

Das Engagement in einer BI finde ich absolut in Ordnung. Man sollte aber nicht so weit gehen, dass man Streit und Unmut in funktionierende Gemeinden trägt. Durch Zeitungskommentare wird hier ein Streit zwischen Nachbargemeinden provoziert. Damit ist niemandem gedient. Besser, man wird dort tätig, wo tatsächlich etwas bewirkt werden kann, das heißt, wo bestehende Gesetze geändert werden können. Hört auf damit, einen Ortsbürgermeister, der seit Jahren zum Wohle der Gemeinde tätig ist und der nicht wie andere Personen nur durch öffentlichkeitswirksame Kommentare und Reden auffällt, sondern oftmals tatkräftig anpackt, durch unsachliche Aussagen zu verunglimpfen.

**Christof Schmidt, Gemeinderatsmitglied in Oberkirch**